

Protokoll der
StuPa-Sitzung vom 26.4.1979

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde ohne Änderungen angenommen.

Zur Tagesordnung wurde der Antrag gestellt die TOP 2 (AStA-Aktionsprogramm) und 4 (AStA-Nachwahl) zu streichen bzw. zu verschieben. Nachdem die Abstimmung 2 mal angezweifelt wurde, ergab eine namentliche Abstimmung 17-Ja-, 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Einstimmig wurde die Diskussion um die Wahlordnung für das StuPa auf Punkt 1 der Tagesordnung gesetzt. Bernd Müller (UDS) gibt eine persönliche Erklärung zur Verschiebung der TOP 2 und 4 zu Protokoll.

TOP 1.: StuPa-Wahlordnung

Thomas Heyer (Juso, Mitgl. des Wahlausschusses) erläutert, daß das Hessische Hochschulgesetz die Briefwahl als Regelwahl vorschreibt, was auch vom Konvent abgelehnt wird. Neben den hohen Kosten, führt die Briefwahl nach seiner Ansicht zur Entfremdung der Studenten von ihren Vertretungsorganen. Der Wahlausschuß habe einen entsprechenden Protestbrief an den Kultusminister gesandt. Heyer nennt zwei Alternativen:

1. Teilnahme an der Wahl ohne die Briefwahlunterlagen zu benutzen.
 2. Wahl wie bisher (Briefwahl auf Antrag) von der Studentenschaft durchgeführt.
- Herr Wenzel erklärt, daß das Wahlamt durch das Gesetz verpflichtet ist, die StuPa-Wahlen durchzuführen. Eine Normenkontrollklage würde nicht rechtzeitig für die Wahl entschieden; es bestehe auch noch die Möglichkeit beim Verwaltungsgericht gegen den Erlaß zu klagen. Wenzel empfiehlt, unter Protest an der Wahl teilzunehmen und die Studenten aufzurufen, an den Urnen zu wählen. Bernd Müller (UDS) bezeichnet den KuMi-Erlaß als unverschämt. Wahlen auf eigene Verantwortung der Studentenschaft führten aber zur Verwirrung der Studenten. Frühwacht (RCDS) sprach sich für Teilnahme an der vom Wahlamt durchzuführenden Wahl ausm aber an der Urne.

Sigfried v. Hopfgarten (Ältestenrat) sieht den Briefwählerlaß in einer Linie seit der Abschaffung der Wahl auf Vollversammlungen. Der Wahlkampf sollte nicht mehr als bloße Eindrucks konkurrenz ablaufen, sondern wieder argumentativ geführt werden. Außerdem wollte er wissen ob auch der KuMi die Wahl nur beim Ältestenrat anfechten kann, der laut Satzung dafür zuständig ist.

W. Heintz (Juso) erklärte, was der RCDS und UDS vorschlagen sei eine Kapitulation und Th. Heyer drohte mit seinem Rücktritt aus dem Wahlausschuß.

R. Ullrich (MSB) hielt eine Wahl auf eigene Verantwortung für richtig und betonte, die Wichtigkeit der Diskussion in der Studentenschaft.

W. Grießmann (SHI) griff die Aussagen der Jusos an. Seiner Ansicht nach habe es in den letzten Jahren ständig einseitige Kompromisse bei Auseinandersetzungen mit dem KuMi gegeben. Er stellte den Antrag, daß keine der im StuPa vertretenen Gruppen für die "Regelwahl" kandidiert.

D. Bettermann (BG) äußerte Bedenken, daß die Durchführung einer Extrawahl zuviel Kräfte verbräuche, die im Kampf gegen die Regelstudienzeit und andere studentischen Probleme nötig seien.

Eine Entscheidung solle die Diskussion auf der VV bringen.

Er stellte den Antrag (1 TOP 1) sofort rechtliche Schritte gegen die Wahlordnung einzuleiten.

Die sofortige Abstimmung ergab bei mehreren Enthaltungen eine einstimmige Annahme des Antrags.

K. Horst (Juso) hielt den Vorschlag von D. Bettermann über die beiden Alternativen erst auf der VV zu entscheiden für ungeeignet, da zur Wahlausschußsitzung am 27.4. Entscheidungen getroffen sein müßten.

Der UDS erklärte, daß sie auf jeden Fall für die vom Wahlamt durchzuführende Wahl kandidieren werden, da die Jusos das ganze nur anzetteln, um ihre Macht im AstA zu behalten.

Da gegen 22.00 Uhr keine Redebeiträge mehr erfolgten wurde über den Antra (2 TOP 1) der Jusos abgestimmt. Mit 16 Ja-, 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen wurde er abgelehnt.

R. Ullrich (MSB) stellte daraufhin den Antrag (3 TOP 1), daß der Wahlausschuß nicht vor der VV am 03.05. zusammentreten solle. Der Antrag (3 TOP 1) wurde mit 19 Ja-7-Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen. Ein Änderungsantrag dazu wurde abgelehnt.

Gegen 22.25 Uhr wurde die Sitzung wegen anhaltender Unruhe vom Präsidium geschlossen.

gez. G. Trach

Persönliche Erklärung B. Müller

Die Fraktion der Juso-HSG scheint nicht daran interessiert zu sein, den Studenten das Aktionsprogramm mitzuteilen.

Wir halten dies für ein unmögliches politisches Verhalten.

gez. Bernd Müller

Antrag 1 zu TOP 1.:

Antrag Dieter Bettermann (BG)

Das StuPa möge beschließen:

Der AStA wird beauftragt, zu prüfen, ob rechtliche Schritte gegen die zwangserlassene Wahlordnung eingeleitet werden können, und wenn dies der Fall ist, diese Schritte sofort zu unternehmen.

Antrag 2 zu TOP 1:

Das StuPa tritt dafür ein, daß die oktroyierte Wahlordnung vom KuMi abgelehnt wird und erklärt, daß in einem solchen Fall die Wahlen boykottiert werden. Die Wahlausschußmitglieder werden aufgefordert an der morgigen Sitzung nicht teilzunehmen.

Die VV der TH soll eine endgültige Entscheidung treffen. Der AStA wird aufgefordert, den Studenten die Alternativen klar darzustellen.

Antrag 3 TOP 1:

Das StuPa möge beschließen:

Das StuPa fordert die Mitglieder des Wahlausschusses auf, bis zur VV am 3. Mai keine Sitzung des Wahlausschusses zu besuchen und damit die Entscheidung über eine Wahl der VV zu überlassen.

Antrag des AStA

Die Vollversammlung der Studentenschaft der THD vom 03.05.1979 protestiert gegen die Verschärfung der Repressionen der SED-Bürokratie gegen den Oppositionellen und Sozialisten R. Havemann.

Als Studenten in der BRD wehren wir uns gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten hier und verteidigen damit auch das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Diese Rechte haben prinzipiellen Charakter. Demokratische Rechte in der BRD zu verteidigen und gegen Berufsverbote zu protestieren ist nicht glaubhaft möglich, ohne auch gegen das Berufsverbot und den Hausarrest R. Havemanns, die Verhaftung R. Bahros und die Unterdrückung tausender Unbekannter Oppositioneller zu protestieren.

R. Havemann ist Sozialist und Wissenschaftler. Er hat unter Hitler im KZ gesessen. Er ist nicht diffamierbar durch die Lügen der SED-Bürokratie!

Weil wir uns hier wehren gegen die Diffamierung der Studenten und Hochschule, durch konservative Politiker und eintreten für unsere Rechte, fordern wir genauso

- Sofortige Aufhebung des Hausarrestes und aller Repressionen gegen R. Havemann und seine Familie
- Sofortige Freilassung R. Bahros und aller Oppositioneller

Der AStA wird aufgefordert, diesen Protest an das Innenministerium der DDR zu übersenden. Ebenso fordern wir die Bundesregierung und die Gewerkschaften auf, sich öffentlich einzusetzen für Robert Havemann und Rudolph Bahro.

Die Fachschaft am Fb 3 stellt folgenden Antrag zum TOP VDS:

- Die Diskussion zum VDS-Problem soll auf dieser VV noch nicht stattfinden. In den VV's der einzelnen Fachbereiche sollen zuerst Diskussionen laufen und Beschlüsse zu diesem Thema gefaßt werden, um eine umfassendere Information zu ermöglichen. Dies scheint uns notwendig, da hier eine grundlegende Frage zum Thema Verfasste Studentenschaft berührt wird.
- Auf der nächsten TH-VV, in der Mitte des Semesters, sollen die einzelnen Fachbereichsbeschlüsse diskutiert werden.
- Die seit Anfang des Jahres eingestellte Zahlung der VDS-Beiträge ist bis zu einem endgültigen Beschluß der TH-VV wieder aufzunehmen.

ANTRAG DER BASISGRUPPEN ZUR VV DER THD AM 3.5.79

DER BETRIBSUNFALL IM KERNKRAFTWERK HARRISBURG (USA) HAT DIE WELTÖFFENTLICHKEIT ERNEUT AUF DIE GEFAHREN DER NUKLEAR-INDUSTRIE AUFMERKSAM GEMACHT. DAS HAT SICH AUCH AUF DIE JÜNGSTEN ENTSCHEIDUNGEN DER BUNDESREGIERUNG AUSGEWIRKT, BEZÜGLICH DER WIEDERAUFBEREITUNGS- UND ENTSORGUNGSANLAGE (GORLEBEN). OFFENBAR HAT DER ÖFFENTLICHE DRUCK, DER DURCH DIE MASSENHAFTHE DEMONSTRATION IN HANNOVER WÄHREND DES "GORLEBEN-HEARINGS" ENDE MÄRZ DIESEN JAHRES ENTSTAND, AUF DIE ENTSCHEIDUNGEN DER BUNDESREGIERUNG MIT EINGEWIRKT.

ZWAR SOLL NUR DIE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE "VORLÄUFIG NICHT GEBAUT WERDEN" UND ES SOLL GEPRÜFT WERDEN "OB DIE SALZSTÖCKE BEI GORLEBEN FÜR EINE ZWISCHENLAGERUNG ATOMAREN MÜLLS GEEIGNET SEIEN" (SO DER BUNDESKANZLER IM EINVERNEHMEN MIT DEM NIEDERSÄCHSISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN).

AUCH DIE ZWISCHENLAGERUNG ATOMAREN MÜLLS IST EINE ANGELEGENHEIT, DEREN FOLGESCHÄDEN FÜR LEBEN, MENSCH UND UMWELT NICHT ABSEHBAR SIND. WIR KÖNNEN UNS DAHER MIT DER ENTSCHEIDUNG DER BUNDESREGIERUNG NICHT ZUFRIEDEN GEBEN.

GERADE AN EINER TECHNISCHEN HOCHSCHULE SOLLTEN FRAGEN, DIE DIESEM PROBLEMKREIS ENTSPRINGEN HÄUFIGER UND AUSFÜHRLICHER UND VOR ALLEM IN EINER GRÖßEREN ÖFFENTLICHKEIT DISKUTIERT WERDEN.

DIE VV DER THD BESCHLIESST DAHER FOLGENDE FORDERUNGEN:

- KEINE WWA UND KEINE ZWISCHENLAGERUNG IN GORLEBEN UND AUCH NICHT ANDERSWO
- STOP MIT DEM AUSBAU DER NUKLEAR-INDUSTRIE UND STILLEGUNG ALLER BESTEHENDEN AKW-ANLAGEN
- ENERGIEVERSORGUNG DER ZUKUNFT AUS ANDEREN, MENSCHEN- UND UMWELTFREUNDLICHEN ENERGIEQUELLEN
- DER ASTA WIRD AUFGEFORDERT NOCH IN DIESEM SEMESTER IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER AGU (AG- UMWELTSCHUTZ: HIESIGE LOKALE UMWELTSCHUTZ-INITIATIVE) EINE INFORMATIONSVORANSTALTUNG ZU DEM THEMENKREIS: GORLEBEN, UMWELTSCHUTZ, AKW UND ALTERNATIVE (ENERGIE-)TECHNOLOGIE ZU ORGANISIEREN
- VERÖFFENTLICHUNG DES ANTRAGS IM NÄCHSTEN ASTA- INFO .

GEZ. KLAUS REIMANN FÜR DIE BG'EN

An das
Präsidium des
Studentenparlamentes

Darmstadt, 26.4.79

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt als Hochschul-
referent des ASTA.


Frank Bohlen

Begründung:

Aus familiären Gründen bin ich gezwungen, im SS 79 arbeiten
zu gehen. Es ist mir deshalb nicht mehr möglich, weiterhin
im Asta mitzuarbeiten.


Rücktrittserklärung (formlos)

von

Lutz W. Ewald und Reinhold Schneider

Hiermit erklären wir unseren Rücktritt aus dem AStA

Lutz W. Ewald



Reinhold Schneider



3.5.79

Hiermit erkläre ich dem Studentenparlament meinen Rücktritt
vom Posten des Schriftführers.



(Asmus Freytag)
Darmsatdt den 3.5.79

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

- Parlamentspräsidium -

Einladung

zur 7. Sitzung des StuPa am 26.04.1979 um 18.30 Uhr im Raum 11/123.

- Tagesordnung:
0. Formalia
 1. Bericht AStA
 - VDS
 - Erlasse
 - sonst.
 2. AStA-Aktionsprogramm für das SS 79
 3. Nachwahl Präsidium
 4. Nachwahl AStA
 5. TH-VV am 03.05.79
 6. a. Finanzanträge
 - b. Anträge
 7. Verschiedenes

gez. Klaus Horst
(Präsident)

gez. Christian Flöter
(Vizepräsident)

Protokoll

der StuPa-Sitzung vom 15.02.1979

Anwesend:

Kollatz, Klär, Bohlen, Spille, Laux, Ferkinghoff, Senger, Freytag

Müller, Leser, Macheledt, Hahn, Posern, Happel

Grießmann

Meisel, Bettermann, Reimann, Aldinger, Flöter, Willnecker

Warnke, Asmus, Braun, Etscheid, Frühwacht, Fuld

ASTA: Spille, Bohlen, Aldinger, Klär, Schneider, Ewald

0. Formalia

Tagesordnung

wurde wie folgt geändert und angenommen:

0. Formalia
1. Wahlausschuß
2. Berichte
3. Anträge
4. Verschiedenes

0. Protokoll: Unterschrift zu Anlage 5 - das Fragezeichen ist zu ersetzen durch B. Müller. Mit dieser Änderung wurde das Protokoll der Sitzung vom 18.1.79 einstimmig angenommen.

1. Wahlausschuß

Kandidatenvorschläge: Frühwacht, Heyer, Senger

Antrag M. Kollatz, die Wahl gemeinsam per Handzeichen durchzuführen wurde einstimmig angenommen. Die Kandidaten wurden mit 25 Für-Stimmen einstimmig gewählt.

2. Berichte

Der ASTA berichtet von der Krollmann-Veranstaltung des Hochschulpolitischen Arbeitskreises am 2.2.79 in Darmstadt.

GO-Antrag von K. Reimann auf Schluß der Debatte nach einem weiteren Redebeitrag ohne Gegenstimme angenommen.

Weitere Berichte von der Bafög-Veranstaltung am 7.2.79 über den erfolgreichen Ausgang

des Nebenkostenprozessen vorm VGH Kassel, über die 1. Semester-VV und über die Konventssitzung zur neuen Wahlordnung.

3. Anträge

Antrag der Basis-Gruppen zur VDS-Mitgliedschaft (Anlage 1) Zusatzantrag der UDS (Anlage 2) wurde vom Antragsteller übernommen. Der erweiterte Antrag wurde mit 22 Für-Stimmen einstimmig angenommen.

4. Verschiedenes

Anfrage zur Stimmführerschaft auf der nächsten VDS-MV einer Juso-RCDS-Koalitions-AStA, Dem AStA ist hierüber nichts bekannt.

Schluß der Sitzung

gez. Christian Flöter

Anlage 1

Antrag der Basisgruppen an der THD:

Das StuPa möge beschließen:

Wie aus internen Papieren des MSB-Bundesvorstandes bekannt geworden ist, beabsichtigen die GO-Fraktionen im VDS auf der 4. o. MV Teilen der Studentenschaften BadenWürttembergs und Bayerns die Stimmen zu verweigern, bzw. sie nicht als Mitglieder zu akzeptieren.

Das StuPa erkennt in diesem Vorgehen die Absicht der GO-Fraktion, die Mehrheitsverhältnisse durch einen Trick zu ihren Gunsten zu verschieben.

Das StuPa ermächtigt die Delegation der Studentenschaft der THD auf dieser Mitgliederversammlung von der Möglichkeit gebrauch zu machen, die Mitgliedsbeiträge zu stornieren und die Aufkündigung der Mitgliedschaft (Austritt) zu erwirken, falls die Mitglieder-Versammlung den oben genannten Zielen der GO-Fraktion mehrheitlich zustimmen wird.

für die Basisgruppen

gez. Klaus Reimann

Anlage 2

Antrag der UDS

Auf der am 3. Mai 1979 stattfindenden VV wird eine Diskussion über die Mitgliedschaft in den VDS geführt, wobei möglichst eine Entscheidung über den Verbleib oder Nichtverbleib in den VDS herbeigeführt werden soll.

für die UDS

gez. Christian Hahn

Antrag der Basisgruppen

Das Studenteparlament möge den ~~den~~ geplanten Bau eines nuklearen Entsorgungszentrums sowie einer Wiederaufbereitungsanlage im Gorleben verurteilen.

Aus unserer eigenen Erfahrung als Studenten der Naturwissenschaften wissen wir, um die Gefährlichkeit dieser Anlage. Aus dem geplanten Bau spricht die menschenverachtende Grundanstellung der BRD-Bürokratie.

Der Bescheid geht als Protestnote an den ^{Niedersächs} NRW-Ministerpräsidenten Albrecht, den Bundeskanzler Schmidt

so Papst Paul-Johannes. Wir fordern die Gewerkschafter, die Bundesregierung so wie den ~~den~~ Präsidialamt der BRD auf, sofort Protest zu erheben.

Die Basisgruppen
gez. R. Mann

nicht behandelt am 26.4



wird behandelt am 26.4



ANTRAG:

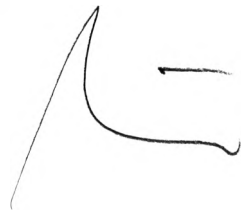
(vorgelegt von der JHG Fraktion des Stupa)

Das Studentenparlament der THD protestiert schärfstens gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden der DDR gegen den Regimekritiker Robert Havemann. Das Stupa protestiert gegen die Verschärfung des Hausarrests gegen den seit 1964 mit Berufsverbot belegten ehemaligen Professoren, da offensichtlich diese Angriffe nur eine neue Welle der Repression gegen die Opposition der DDR bedeutet. Aus unserer eigenen Erfahrung als Studenten, daß wir für die Durchsetzung unserer Forderungen sämtliche demokratischen Rechte und Freiheiten brauchen, beschließen wir diesen Antrag als Protestbrief an die ständige Vertretung der DDR in Bonn zu senden, und die Gewerkschaften des DGB aufzufordern sofort öffentlichen Protest zu erheben.

Dieser Antrag wird zu Beginn der VV der THD am 3. 5. vorgelegt.

UDS Erklärung

- Die Fraktion der Jungsozialisten, LHS
• sieht nicht daran interessiert zu
sein, den Struktur des Arbeits-
programms zu ändern. Wir halten
dies für ein unangemessenes politisches Vorgehen.



Leibson